

Fraktionen| 16.08.2017 - 11:30

EU und Bundesregierung müssen Kommunikation verbessern



Bereits im Mai wurden in Belgien durch Fipronil belastete Eier entdeckt. Dass Millionen davon nach Deutschland exportiert wurden, erfuhren die Bundesländer aber erst viel später. Im Umweltausschuss des Landtags Rheinland-Pfalz rügte [FDP](#) [1] [Abgeordneter Marco Weber](#) [1] diese verzögerte Informationsfreigabe der Bundesregierung als völlig unverständlich. "Im Sinne eines umfangreichen Verbraucherschutzes erwarten wir von der Bundesregierung, dass sie sich auf der europäischen Ebene für eine Verbesserung der Kommunikation in die einzelnen Mitgliedsstaaten einsetzt", verlangte er.

Eigentlich sei die Bundesregierung in der Pflicht, Informationen aus der Europäischen Union ohne Zeitverzug direkt an die Bundesländer weiterzugeben, stellte Weber klar. Im Fall der Gift-Eier sei dies jedoch nicht geschehen. Nach Angaben der EU-Kommission haben die Eier mittlerweile 15 EU-Staaten erreicht. Auch Deutschland ist betroffen – sogar stärker, als bisher angenommen.

Weber betont aber, dass "die Verantwortung für die Belastungen in den Eiern nicht bei den produzierenden Betrieben" liege. Vielmehr seien die betroffenen Betriebe einer bewussten Täuschung der Reinigungsunternehmen, die das Mittel Fipronil in den Ställen einsetzten, zum Opfer gefallen, gab er zu bedenken. Glücklicherweise sei nicht jede Region der Bundesrepublik betroffen. "Die umfangreichen Kontrollen des Landesuntersuchungsamts haben ergeben, dass es in keinem der rheinland-pfälzischen Legebetriebe zu [Belastungen mit](#) [2] [Fipronil](#) [2] gekommen ist", verkündete er. Das Bundesland sei organisatorisch gut für Sondersituationen dieser Art gerüstet.

Quell-URL: <https://www.liberales.de/content/eu-und-bundesregierung-muessen-kommunikation-verbessern>

Links

[1] <https://marcoweberfdp.wordpress.com/> [2] <https://www.verbraucherzentrale.de/biozid-fipronil-in-eiern>